

**Verantwortliche
Redakteure.**

Für den politischen Theil:
J. V. J. Steinbach,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
J. Hirschfeld,
sämtlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Achtundneunziger

Jahrgang.

Nr. 470

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt wertlos
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 9. Juli.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
Ges. Ad. Schles., Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiteftr.-Ede.,
Otto Steckel, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen Pöhl
Rosse, Haeselstein & Vogler A.-G.,
G. J. Danke & Co., Invalidendank.

Amtliches.

Berlin, 8. Juli. Der König hat die Regierungs-Räthe Müller und v. Chappuis zu Geheimen Regierungs-Räthen und vortragenen Räthen im Kultusministerium ernannt; dem Kreis-Physikus Dr. Kohlmann zu Remagen und dem praktischen Arzt Dr. Aschmann zu Sinzig den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen; sowie die Wahl des etatsmäßigen Professors Dr. Doergens zum Rektor der Technischen Hochschule zu Berlin für die Amtsperiode vom 1. Juli 1891 bis dahin 1892 bestätigt.

Deutschland.

Berlin, 8. Juli.

— Herrn v. Vollmars Antwort auf die Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, „dass die bekannte El Doradorede die persönlichen Ansichten Vollmars über die innere und äußere Lage des Deutschen Reiches wiedergebe und nicht Namens der Partei gehalten sei“, wird nicht verfehlt, großes Aufsehen in der sozialdemokratischen Welt zu machen; denn Herr v. Vollmar weist klipp und klar nach, dass alles das, was er gesagt hat, mehrfach in den offiziellen Reden der Partei ausgesprochen ist. Die „Münch. Post“, das Organ des Herrn v. Vollmar, führt die diesbezüglichen Reden Auers, Liebknechts, Bebels im Reichstag und auf dem Parteitag in Halle wörtlich an. So erklärte Herr Auer im Reichstag am 9. Februar 1891:

Die Annexion von Elsaß-Lothringen ist vollzogen, und hier im Hause sind von unserer Seite die unzweideutigsten Erklärungen abgegeben worden, dass wir den bestehenden Rechtszustand heute anerkennen.“

Herr v. Vollmar hatte gesagt:

Bei freier Wahl hätten wir die deutsche Einheit 1870/71 sicherlich anders gestaltet. Aber nun sie einmal so und nicht anders ist, sollen wir unsere Kraft nicht in unaufhörlichen und unfruchtbaren Erörterungen des Berganaenen vergeuden, sondern uns auf den Boden der Thattachen stellen und unser Bestreben darauf richten, die Mängel jenes Werkes nach Kräften zu bessern.“

Herr Auer hatte in der Sitzung des Reichstages am 3. Dezember 1890 Folgendes geäußert:

„Wir haben es schon oft erklärt, und auch ich kann erklären, dass wir bereit sind, dem Vaterlande gegenüber genau dieselben Pflichten zu erfüllen, wie alle anderen Bürger. Ich weiß, dass nicht einer unter uns ist, der in dieser Beziehung anders denkt.“

Die Erklärung des Herrn v. Vollmar lautete:

„Wenn jemals im Auslande irgendwo die Hoffnung bestehen sollte, dass im Falle eines Angriffes auf Deutschland auf uns zu zählen wäre — diese Hoffnung würde gründlich enttäuscht werden. So bald unser Land von Außen angegriffen wird, giebt es nur noch eine Partei, und wir Sozialdemokraten werden nicht am letzten unsere Pflicht thun.“

Herr Liebknecht erklärte (wie im heutigen Mittagblatt schon erwähnt. D. Red.) in der Reichstagsitzung vom 16. Mai 1891:

„Es ist erklärt worden, ... der deutsche Reichstag nehme sich nicht mit solcher Wärme der Vertheidigung des Vaterlandes an, wie das französische Parlament. Nun, ich möchte sagen, dass, was die Vertheidigung des Vaterlandes betrifft, alle Parteien einig sind; wenn es gilt, einem äußeren Feinde zur Abwehr entgegenzutreten, da wird keine Partei zurückbleiben.“

Über den Dreiebund hat Herr v. Vollmar folgende Neuherzung gethan:

„Es braucht Niemandem versichert zu werden, dass wir zur Diplomatie und ihren Werken wenig Vertrauen haben. Nichtsdestoweniger müssen wir für den Dreiebund eintreten, weil seine Tendenz auf Erhaltung des Friedens gerichtet und deshalb eine gute ist.“

Eine längere, in zustimmendem Sinne gehaltene Bemerkung des Abg. Bebel über den Dreiebund in der Reichstagsitzung vom 25. Juni 1890 haben wir gleichfalls schon im Mittagblatt erwähnt. — Das dürfte für den Unparteiischen wohl genügen!

— Die nationalliberale Partei scheint auf wirtschaftlichem Gebiete sich immer weiter zu entwickeln. Ihr offizielles Organ, die „Nationalliberale Korrespondenz“, tritt jetzt in einem Artikel, der, wie sie behauptet, von sachverständiger Seite geschrieben ist, offen für Differenzialzölle ein. Sie verlangt, dass Russland und Amerika wegen ihrer Absperrungspolitik gleichfalls mit Absperrungsmaßregeln getroffen werden. Dabei macht sie den naiven Vorschlag, dass man in Betreff des Petroleum in eine Art von Lizitationsverfahren zwischen Russland und Amerika eintreten solle. Derjenige Staat von beiden, der dem deutschen Reich die günstigeren handelspolitischen Bedingungen biete, solle in Beziehung auf die Einfuhr von Petroleum begünstigt werden. Wir wollen vor der Hand nur das Eine bemerken, dass die Schutzollpolitik Russlands und Amerikas sich höchstens dem Maße, aber nicht dem Begriffe nach von derjenigen Schutzollpolitik unterscheidet, die das deutsche Reich seit dem Jahre 1879 betreibt, und die auch von nationalliberaler Seite als Ausdruck hoher politischer Weisheit gekennzeichnet worden ist. Amerika und Russland schließen sich nach Kräften von deutschen Waaren ab, aber sie haben bisher noch niemals Deutschland durch eine differentielle

Benachtheiligung zurückgezogen. Deutschland dagegen behandelt Amerika in Beziehung auf Schweinesfleisch ungünstiger wie andere Staaten, indem es seinen Produkten aus vermeintlich hygienischen Gründen den Eintritt selbst dann noch verweigert, wenn in hygienischer Beziehung alle möglichen Sicherheitsmaßregeln geboten sind.

— Staatsminister a. D. Hobrecht ist für die Reichstagswahl im Kreise Tilsit-Niederung als nationalliberaler Kandidat aufgestellt.

— Für Bismarck wird nach der „Münch. Allg. Ztg.“ am 20. Juli in Kissingen eintreffen.

— Auch die freimaurige „Königsberger Hartungsche Zeitung“ benutzt die Anwesenheit der Minister Miguel und v. Berlepsch in der Provinz Ostpreußen, um die Wünsche zum Ausdruck zu bringen, welche zur Hebung der Provinz erfüllt werden müssen. Selbstverständlich lautet ihr Programm ganz anders als dasjenige der „Kreuzzeitung“, das wir gestern mitteilten. Sie verlangt vor allen Dingen Aufhebung der Getreidezölle und Erleichterung des Landerwerbs, will dagegen vom Staffellauf zu Gunsten der Provinz nichts wissen und bezeichnet es als geradezu unglaublich, dass man auch eine Beschränkung der Freizügigkeit zur Diskussion stellen könnte.

— Was für Ungereimtheiten jetzt in der „Schles. Ztg.“ über Getreidezoll zu lesen sind, bekundet wieder einmal ein Pariser Brief, in welchem ausgeführt wird, dass „der deutsche Zoll meist nur ein Drittel oder selbst nur ein Fünftel des Gewinnes der Spekulanten“ an dem Roggen beträgt. — Der Zoll beträgt bekanntlich für die Tonne Roggen 50 M., danach müsste also der Spekulant an der Tonne Roggen gegenwärtig 150 bis 250 M. gewinnen. Nun kostet aber Roggen überhaupt nur 210 bis 220 M., während nach der „Schles. Ztg.“ an diesem Preis Zoll und Spekulation 200 bis 300 M. beanspruchen. Zu welchem Preise verkauft denn der Landwirt seinen Roggen? — Die Seher und Korrektoren der „Schles. Ztg.“ müssten, so meint die „Freie. Ztg.“, schon Anstand nehmen, solchen Unfug der Veröffentlichung zu übergeben. Und dergleichen Zeug läuft sich die „Schles. Ztg.“ sogar noch aus „Paris“ schreiben.

— Gegen den Terminhandel bringt die „Kreuzzeitung“ abermals einen larmoyanten Artikel. Vielleicht interessiert es die „Kreuzzeitung“ zu erfahren, was der soeben erichnete Bericht der Altesten der Berliner Kaufmannschaft vom Mai 1890 bis Mai 1891 über den Getreide- und Mehlhandel in Berlin enthält. Nur der vorsorglichen und dem öffentlichen Interesse nützlichen Thätigkeit des hiesigen Terminhandels — so heißt es in dem Bericht — ist es zu danken gewesen, dass wir wenigstens hin und wieder damals noch zu der Möglichkeit russischer Importe gelangten; denn ohne die hiesige Anspannung der Preise auf an näherndes Bezugsrendement wären wir schließlich zum Zwecke unserer nothdürftigsten Versorgung gezwungen gewesen, noch wesentlich höhere Preise anzulegen.

— Der Landrat des Kreises Hameln in Hannover erläutert eine Aufforderung zu Sammlungen, um dem Notstand abzuhelfen, der über eine Anzahl von Gemeinden seines Kreises hereingebrungen ist. Als unmittelbare Veranlassung dieses Notstandes wird das Gewitter vom 1. d. M. bezeichnet, welches die Feldfrüchte völlig vernichtet habe, sodass nicht die geringste Aussicht auf eine Ernte übrig geblieben ist. Also auch hier sieht ein Landrat einen Notstand, den die Regierung bisher noch nirgends erkennen will. Wir wollen gern zugeben, dass die schweren Gewitter, die in den ersten Tagen dieses Monats an vielen Orten herniedergegangen sind, von Niemandem vorausgesesehen werden konnten. Die Erfahrung spricht indessen dafür, dass in dieser Jahreszeit verderbliche Gewitter häufig vorkommen, mit denen man bei Abschätzung der Ernteaussichten rechnen muss. Und diese Rücksicht hat man außer Acht gelassen, als man die Ernteargebnisse als so befriedigend darstellte, dass von einem Notstande nicht die Rede sein könne.

— Die Beschlüsse der Protestversammlungen in Apolda und Weimar gegen die Lebensmittelzölle hat der freimaurige Abg. Samhammer für Weimar I. dem Herrn Reichskanzler übermittelt. — Die häufige Anwendung des Lotteriespiels, so schreibt der parlamentarische Korrespondent der „Bresl. Ztg.“, befiebert ganz und gar die Mahnung, dass dem Spiel doch immerhin nur ein sehr begrenzter Raum im Leben eingeräumt werden darf; man fängt an, das Lotteriespiel als ein jederzeit geläufiges Mittel der Finanzkunst zu betrachten. Man verleiht von Staatswegen zu Handlungen, die einen Theil derjenigen, die sich daran beteiligen, ein späteres Gefühl des Bedauerns, vielleicht der schmerzlichen Neuerwerbungen müssen. Gute Wirthschaft soll immer im eigenen Hause anfangen. Es ist schön, für die Moralität in Afrika zu sorgen, aber die Moralität im deutschen Reiche liegt uns näher.

— Die Zahl der Rechtsanwälte hat auch in den letzten zwei Jahren noch zugenommen, wenn auch nicht mehr so erheblich wie früher. Im ganzen Deutschen Reich wurden am 1. Januar cr. 5340 Anwälte gezählt gegen 5123 am 1. Januar 1889, 4810 am 1. Januar 1887, 4556 am 1. Januar 1885 und 4112 am 1. Januar 1880. Die Zunahme seit zwei Jahren betrug also 217 oder 4,2 Prozent und war mithin ungefähr noch einmal so stark, als die allgemeine Bevölkerungszunahme.

— Die sozialdemokratische Partei richtet hier ihr Hauptaugenmerk auf die Gesangvereine, um diese für ihre Sache zu gewinnen. Der sozialistische Gesangverein „Lyra“ in Köln erlässt einen Aufruf zur Bildung eines rheinischen Arbeitersängerbundes, welcher durch freundschaftlichen Verkehr der Vereine untereinander, Beschaffung von Arbeiterliedern sowie durch noch näher zu besprechende Vorschläge den Arbeiter-Gesangvereinen eine würdige Stellung innerhalb der sozialistischen Partei anweisen soll. Am 12. d. M. findet zu diesem Zwecke eine Delegiertenversammlung in Düsseldorf statt.

— Geloland, 8. Juli. Die Arbeiten zur Festigung unserer Insel sind definitiv vom Kaiser dem Bauunternehmer Weishof in St. Georg bei Meß übertragen worden, der sich kürzlich als

Inserate, die geschwärzte Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an den zugrund
liegenden Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr vormittags, für die
Mittagausgabe bis 5 Uhr Nachtm., angenommen

1891

Amtliches.

Hamburg, 7. Juli. Wie die „Hamb. Nachr.“ melden, forderte der Minister Herrfurth heute mit dem Abgeordneten Johannsen-Flensburg (Dane) über die nordfrieswicke Opferanfrage. Der Minister äußerte seine Befriedigung über den Erfolg der Unterredung.

Aus dem Gerichtsaal.

— b. Posen, 9. Juli. [Schwurgericht. Meineid.] Aus der Beweisaufnahme in der gestrigen Verhandlung gegen den Vorwerksbesitzer Rudolph Materna aus Klein-Stolzenhof ist noch erwähnenswert, dass M. seit langer Zeit nervös ist und leicht aufgereggt wird. Diesem Umstände hat er es wohl zu verdanken, dass die Geschworenen in ihrem Verdict die Frage bezüglich des wissenschaftlichen Meineids verneinten und nur fahrlässigen Meineid als vorliegend anerkannten. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis.

London, 4. Juli. In dem Chancery-Gericht wurde gestern Namens der chilenischen Kongresspartei als Vertreterin der Republik Chile der Antrag gestellt, den Herrn R. M. Rothchild und Söhnen und Baring Brothers aufzugeben, alle in ihren Händen befindlichen der Republik Chile gehörenden Geldsummen nur an die Republik selbst oder an eine vorchriftsmäßig beglaubigte Person auszuzahlen. Die Anwälte für die Vertheidigung stellten aus, dass die Klägerin, welche durch einen Herrn Augustin Noz vertreten war, nicht die tatsächliche, von England anerkannte Regierung Chile's repräsentiere. Der Klägerische Anwalt machte hingegen geltend, dass Senor Balmaceda zwar im September 1886 zum Präsidenten der Republik ernannt, seiner Machtbefugnisse jedoch am 1. Januar 1891 durch den Kongress entkleidet worden wäre. Es sei also demnach die Kongresspartei die tatsächliche Regierung Chile's. Der Richter vermochte diese Auffassungindeß nicht zu teilen und wies den Antrag ab.

Vermischtes.

— In Angelegenheit des Eggolsheimer Unglücksfall erhielt die Nat.-Ztg. noch eine weitere Zuschrift von Herrn Paul A. Wolff aus Berlin, in welcher namentlich die Beschwerde über die Kopflosigkeit nicht allein der Beamten, sondern auch über ihre Unfreundlichkeit zum Ausdruck kommt. Herr Wolff hat in München geeignete Schritte gethan, um Verschleierungen vorzubeugen, wie sie durch die Angabe ver sucht wurden, dass die Gelehrte durch Regen unterwaschen waren. Es sind ferner direkte Vorstellungen von Reisenden an den Prinz-Regenten gerichtet worden, die darauf hinausgehen, dass bei diesem Unglücksfall nicht force majeure, sondern strafbare Leichtfertigkeit die Ursache gewesen ist.

— Einer Zuschrift der „Dresdener Zeitung“ entnehmen wir: Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ eröffneten das Quartal mit der Bemerkung: Nun habe die Reisezeit begonnen und bereits trafen die Berliner zu Anschlägen verpünkt ein. Also dermaßen verbündet ist man in Bayern über die Sachlage. In Sachsen wird jeder Staatsbeamte bestätigen, dass es im Sommer eine Tortur für das sächsische Personal ist, auf die bayrischen Anschläge zu warten. In Hof, in Eger kann man Auskunft erhalten. Ihr Blatt hat wiederholt der schmachvollen Eingeleisigkeit einiger bayrischer Hauptlinien gedacht. Mögen die Leser der „Dresdener Zeitung“, welche die kürzeste Strecke Dresden-München über Wiesau fahren, einmal beobachten, wie es sich ausnimmt, wenn direkte Wagen Berlin-Nom oder Dresden-Ala auf der elendesten Winkelstation angehalten werden, wenn ein kreuzender Zug auf der eingeleistigen Strecke etwa entgegenkommt. Ist da ein exakter Dienst möglich? Es ist wahr, jetzt baut man, gedrängt von der Kammer, am zweiten Geleise — sehr nach und nach. Aber ist es erhöht, dass dies auf einer Bahn mit so enormen Einnahmen und so wichtigem Durchgangsverkehr erst jetzt geschieht, wo in Sachsen schon seit Jahrzehnten die Hauptstrecken doppelt liegen? Von einem Gewährsmann, der durch Stang und Charakter absolut glaubwürdig und unterrichtet sein muss, erfahre ich, dass das zweite Geleise die primäre Ursache des Eggolsheimer Unglücks gewesen ist. Man war endlich mit der Verlegung des selben beschäftigt und zunächst verbreiterte man den Bahndamm.

— Die vierfache Hinrichtung durch Elektrizität in New-York, die wir telegraphisch gemeldet haben, wird verschiedenartig geschildert. Alle Zeugen der im Gefängnis von Sing-Sing vollzogenen Hinrichtung durch Elektrizität erklären, dass sämtliche Hingerichteten ohne Todeskampf oder das geringste Zeichen von Schmerz starben. Slocum ging gefasst dem Tode entgegen und setzte sich ruhig auf den Hinrichtungstuhl. Die Exekution erfolgte so schnell, dass der Gesichtsausdruck des Hingerichteten unverändert blieb. Smiler wachte mit schlitternden Knieen zum Stuhle und musste gestützt werden. Wood sah dem Tod vollkommen ruhig entgegen. Gegen alle Erwartung zeigte sich auch Zugero nicht ungewölbig. Die Leichen wurden unmittelbar nach der Hinrichtung in ein in der Nähe befindliches Zimmer getragen, wo dieselben ärztlich bestichtigt wurden. Dr. Rockwell, der Erfinder der elektrischen Hinrichtungsmaschine, sagte, er könne, ohne die Disziplin zu verletzen, mittheilen, dass der Versuch durchaus gelungen sei. Der Tod sei in Folge eines elektrischen Stromes von 1890—2000 Elementen augenblicklich und vollkommen schmerzlos eingetreten. Dagegen hat Dr. Daniels, einer der Zeugen bei der elektrischen Hinrichtung einem Interviewer gegenüber gesagt, er hätte über die Sache viel zu sagen, wenn ihm nicht Still schweigen auferlegt wäre. Er fügte hinzu, dass sich die Szene wie bei Kemmler in der Praxis in jedem Falle wiederholen werde. Jeder der Hingerichteten habe zwei Schläge erhalten. Ein anderer Zeuge giebt folgende Darstellung der Szene: Die mit schworzen Nöten, dunklen Beinkleidern und weißen Hemden bekleideten Verurteilten wurden unter Aufsicht Dr. Macdonals gebunden und an ihrem Kopfe und rechtem Bein je eine Elektrode befestigt. Als die Vorbereitung beendet waren, nahmen die Gehilfen eine Kanne Salzwasser und einen feuchten Schwamm zur Hand. Auf das Zeichen der Doktoren, dass Alles in Ordnung sei, ging die Probe vor sich. Sofort spannten sich die Körper der Hingerichteten

